

Gleichstellung von Frauen und Männern in finanziellen Entscheidungsprozessen

Gleichstellung im Finanzsektor in der EU-28 noch nicht sehr weit gediehen

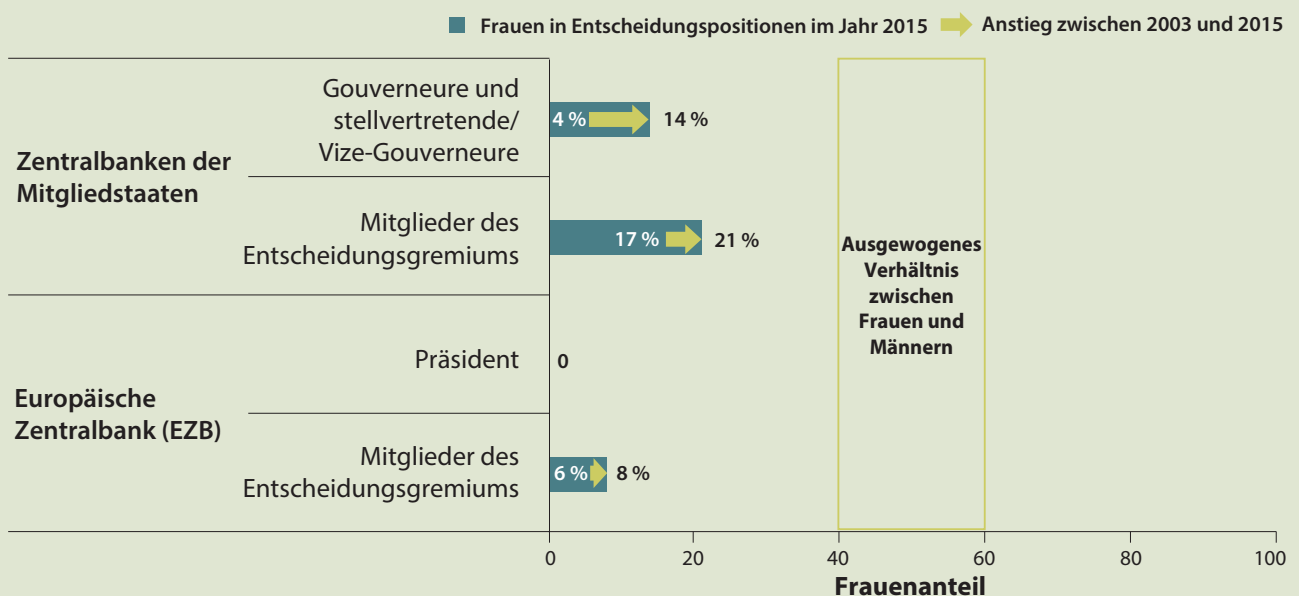
Entscheidungspositionen im Finanzsektor sind zum größten Teil in Männerhand. Männer treffen wichtige Entscheidungen, die sich auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Währungsstabilität, die Beschäftigung und das Wachstum auswirken – Faktoren, die das Leben von Frauen und Männern in unterschiedlicher Weise berühren. Diese Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern müssen beseitigt werden, damit die Ziele der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum verwirklicht werden können.

Auf EU-Ebene stellt sich die Situation allerdings weniger positiv dar. Die Europäische Investitionsbank und der Europäische Investitionsfonds werden beide von Männern geleitet, und der Frauenanteil in den Leitungsgremien ist sehr gering (7 % bzw. 29 %). Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ebenfalls Nachholbedarf in Sachen Geschlechtergleichstellung. In ihrer gesamten Geschichte hatte die EZB nie einen weiblichen Präsidenten, und der Frauenanteil im EZB-Rat lag stets unter 10 %.

In den Spitzenpositionen der Zentralbanken sind Frauen kaum vertreten. In den vergangenen zehn Jahren wurden im Hinblick auf Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen eindeutig zu wenige Fortschritte erzielt. Auf nationaler Ebene werden fast alle Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten von Männern geführt. Einzig der Zentralbank von Zypern steht eine Frau vor. Positiver gestaltet sich das Bild bei den Vizepräsidenten nationaler Zentralbanken, wo der Frauenanteil knapp 20 % beträgt (10 Frauen, 41 Männer). Der Anteil der Frauen in den Leitungsgremien der nationalen Zentralbanken ist mit 21 % nur marginal höher.



Abbildung 1 – Verbesserungen bei der Gleichstellung von Frauen und Männern im Finanzsektor in der EU-28, 2003-2014



Quelle: Europäische Kommission, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen.

Hinweis: Für stellvertretende bzw. Vize-Gouverneure und Gouverneure der Zentralbanken werden aufgrund der Datenverfügbarkeit Daten aus dem Jahr 2007 zugrunde gelegt.



Im Jahr 2016 waren in der EU nur 5 % der Vorstandsvorsitzenden der größten Unternehmen Frauen.

Unternehmenskultur drängt Frauen an den Rand

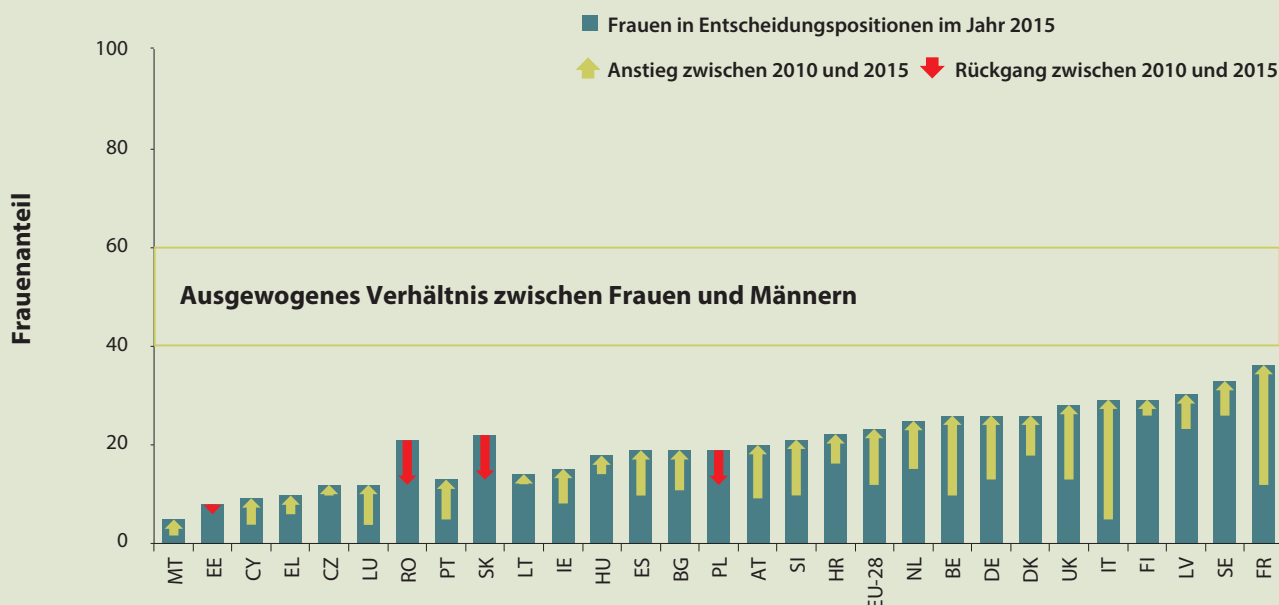
Frauen sind in Unternehmensgremien immer noch in der Minderheit. Die Unternehmenskultur sorgt durch lange Arbeitszeiten, das Erfordernis der physischen Anwesenheit im Büro, von Dominanz geprägte männliche Führungsstile und mangelnde Transparenz bei Einstellungs- und Beförderungsverfahren dafür, dass Frauen benachteiligt werden.

Weitere Statistiken über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen finden Sie in der geschlechtsspezifischen Statistikdatenbank des Europäischen Instituts für Geschlechterfragen (EIGE).

Die Wahrscheinlichkeit, eine Spitzenposition in den größten börsennotierten Unternehmen in den Mitgliedstaaten zu bekleiden, ist bei Frauen deutlich geringer als bei Männern. 2016 sind in der EU durchschnittlich nur 5 % der Hauptgeschäftsführer und 7 % der Vorstandsvorsitzenden der größten Unternehmen weiblich.

Trotz des weiterhin deutlichen Ungleichgewichts zwischen den Geschlechtern hat es in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Anstieg des Frauenanteils in den Vorständen börsennotierter Unternehmen gegeben. Während 2003 nur 9 % der Vorstandsmitglieder von Unternehmen in den Mitgliedstaaten Frauen waren, beträgt ihr Anteil im Jahr 2016 bereits 23 %.

Abbildung 2 – Anteil der weiblichen Mitglieder in den höchsten Entscheidungsgremien der größten Unternehmen, 2010-2015



Quelle: Europäische Kommission, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen.

Männer haben international ein Monopol

2011 ernannte der Internationale Währungsfonds (IWF) erstmals eine Frau zu seiner geschäftsführenden Direktorin. Im Gouverneursrat (Board of Governors) jedoch – dem höchsten Entscheidungsgremium innerhalb des IWF – sind Männer in der überwältigenden Mehrheit. Alle die EU vertretenden IWF-Gouverneure sind Männer, und nur fünf stellvertretende Gouverneure sind Frauen (aus Bulgarien, Lettland, Schweden, Slowenien und Zypern).

Da Gouverneure oft auch Finanzministerposten innehaben, spiegelt der Frauenmangel an der Spitze des IWF die Situation auf nationaler Ebene wider. Rumänien und Schweden sind die einzigen EU-Mitgliedstaaten, in denen der Posten des Finanzministers durch eine Frau besetzt ist.

Wie ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Frauen und Männern im Finanzsektor hergestellt werden kann

Die Mitgliedstaaten können ein breites Spektrum an Maßnahmen verabschieden, um sicherzustellen, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern erreicht wird.

Förderung gesetzgeberischer Initiativen und zielgerichteter Maßnahmen

Die Einführung verbindlicher Rechtsvorschriften hat sich als besonders wirksam erwiesen. Dies wird am Beispiel

Italiens deutlich, wo die Einführung der gesetzlichen Zielvorgabe eines Frauenanteils von 33 % in den Führungsgremien von Unternehmen zu einem starken Anstieg der Anzahl der dort vertretenen Frauen geführt hat.

Stärkung der öffentlichen Debatte und Förderung politischer Initiativen

Die Mitgliedstaaten können noch weitere Maßnahmen umsetzen, z. B. kann das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen in die nationalen und regionalen Strategien und Aktionspläne aufgenommen werden. Kampagnen und Initiativen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Frauen und Männern in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen auf nationaler und regionaler Ebene können gleichfalls zur Sensibilisierung für dieses Thema beitragen.

Institutioneller Wandel im Unternehmenssektor

Der Unternehmenssektor muss ebenfalls mit einbezogen werden, indem mehr Möglichkeiten für den beruflichen Aufstieg von Frauen geschaffen werden. Die Unternehmenskultur und die mangelnde Bereitschaft, Frauen den Weg in die obersten Führungsgremien zu ebnen, erfordern transformative Lösungen.

In Italien führte ein gesetzlich vorgeschriebenes Ziel von 33 % Frauen in Vorständen im Jahr 2011 zu einem scharfen Anstieg bei der Zahl der Frauen in Spitzenpositionen.



Politische Prioritäten der EU

Das Europäische Parlament hat gefordert, mehr leitende Positionen in den Zentralbanken und Finanzinstituten in den Mitgliedstaaten mit Frauen zu besetzen, und zudem seine Besorgnis bekundet, dass im Direktorium der EZB keine Frauen vertreten sind (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Juli 2011 zu Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen).



Das Europäische Parlament hat zu mehr Frauen in leitenden Positionen in den Zentralbanken und Finanzinstituten in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene aufgerufen: Europäische Zentralbank.

In ihrer *Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2016-2019* bekräftigte die Europäische Kommission im Hinblick auf den Richtlinienvorschlag von 2012 ihr Ziel, bei nicht geschäftsführenden Direktoren börsennotierter Unternehmen einen Frauenanteil von mindestens 40 % zu erreichen.

Ferner wird die Kommission damit fortfahren, die Mitgliedstaaten in enger Zusammenarbeit mit dem EIGE bei der Erfassung und Verbreitung von Daten über den Anteil von Frauen und Männern in hohen Entscheidungspositionen zu unterstützen.

Der Rat der Europäischen Union hat die Bedeutung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern auf allen Ebenen und Gebieten der Entscheidungsfindung anerkannt und sie als Prioritätsbereich in den Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020 aufgenommen. In den Schlussfolgerungen des Rates zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen werden die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, die Datenerhebung und -analyse zu verbessern und gezielte Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Entscheidungsgremien zu verabschieden. Die Schlussfolgerungen stützen sich auf den für den luxemburgischen Ratsvorsitz erstellten Bericht des EIGE über die Gleichstellung von Frauen und Männern in Macht- und Entscheidungspositionen.

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist das europäische Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen der EU. Das EIGE unterstützt politische Entscheidungsträger und alle einschlägigen Organe bei ihren Bemühungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa zu verwirklichen, und stellt ihnen hierzu spezifische Fachkenntnisse sowie vergleichbare und zuverlässige Daten über die Geschlechtergleichstellung in Europa zur Verfügung.



Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
Gedimino pr. 16
LT-01103 Vilnius
LITAUEN

Mehr Informationen:

<http://eige.europa.eu> 
facebook.com/eige.europa.eu 
twitter.com/eurogender 
youtube.com/eurogender 
eige.sec@eige.europa.eu 
 +370 5 215 7444 

PDF: MH-01-16-065-DE-N 978-92-9493-058-3 10.2839/004004
 PRINT: MH-01-16-065-DE-C 978-92-9493-053-8 10.2839/41086